

Bildungspapier der JUSO Kanton Zürich

Antrag des Vorstandes zuhanden dem Parteitag vom 13. April 2013

5 Bildung ist ein Grundrecht und öffentliches Gut, fördert das eigene Denken und schafft selbstbewusste, kritische und interessierte Menschen. Sie spielt in einem demokratischen System eine besondere Rolle, weil sie für die Menschen Voraussetzung dafür ist, die bestehenden Verhältnisse zu verstehen und sich an den demokratischen und gesellschaftlichen Prozessen zu beteiligen. Jede und jeder muss frei von materiellen, finanziellen oder anderen Voraussetzungen gleichen Zugang und Anrecht auf eine ausreichende Bildung haben. Ziel ist es, jedem Menschen eine emanzipatorische Bildung nach seinen Neigungen und Fähigkeiten zu ermöglichen.

10 **Frühkindliche Bildung**

Der Diskurs um frühkindliche Bildung dreht sich fast ausschliesslich um Staatskinder vs. Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Dabei geht aber das Wichtigste in dieser Frage vergessen: nämlich das Kind. Jeder Mensch hat ein Recht auf Bildung und jedes Kleinkind folglich ein Recht auf frühkindliche Bildung. Die Gesellschaft muss die familienergänzende Kinderbetreuung vielmehr als Chance für das Kind begreifen und die Qualität dieser Institutionen fördern. Eine massive Angebotserweiterung bei Kinderkrippen ist nicht nur aus sozialpolitischen Gründen wünschenswert, sondern auch aus pädagogischer Sicht. Kinder aus Krippen erreichen später ein höheres Bildungsniveau und sie verfügen über grössere Sozialkompetenzen als Kinder, die keine Krippe besuchten. Zudem tragen Krippen dazu bei, dass die Leistungsunterschiede der Kinder bei Eintritt in die Grundschule kleiner sind.

Für die JUSO ist klar, dass es klare pädagogische Richtlinien braucht in den Kinderkrippen, damit sich die Kinder ideal entwickeln können. Die ersten Lebensjahre sind entscheidend für ihren späteren Bildungsweg und ihre sozialen Kompetenzen. Eine einheitliche pädagogische Regelung ist nur möglich, wenn die Krippen unter staatliche Kontrolle gestellt werden. Davon profitiert auch das Personal. Im privaten Markt ist es heute nicht möglich angemessene Löhne zu bezahlen. Die Fachangestellten üben einen sehr verantwortungsvollen und anspruchsvollen Job aus, der auch eine grosse physische und psychische Belastbarkeit voraussetzt. Die Verstaatlichung der Krippen kann hier Abhilfe schaffen, indem die Fachangestellten den Status einer Lehrperson erhalten. Eine akademische Ausbildung wird nicht vorausgesetzt, aber es müssen Möglichkeiten zur Weiterbildung an akademischen Institutionen geschaffen werden.

Unsere Forderungen:

- **Kostenlose Kinderkrippen:** Jeder Mensch hat ein Recht auf kostenlose Bildung, folglich haben auch Kleinkinder das Recht kostenlos frühkindliche Bildung in Anspruch zu nehmen.
- **Bildung gehört dem Volk:** Wie bei der Volksschule sollen auch die Kinderkrippen staatlich betrieben werden. Die Kinderkrippen werden der Bildungsdirektion unterstellt und pädagogische Inhalte in den Lehrplan integriert.

- **Massiver Ausbau des Angebots:** Jedes Kind hat das Recht auf frühkindliche Bildung und somit auf einen Krippenplatz. Der Staat hat für ein entsprechendes Angebot zu sorgen.
- **Bessere Arbeitsbedingungen für das Personal:** Guter Lohn, faire Ferien und mehr Möglichkeiten zur Weiterbildung.

Volksschule

Im Zentrum der Bildung muss der Mensch stehen. Unter der Folge des Spardruckes driftet die Volksschule aber leider in die entgegengesetzte Richtung: Schulklassen werden vergrössert, Förderprogramme gestrichen, etc. Zudem leidet die Volksschule und mit ihr die SchülerInnen unter dem Druck der kapitalistischen Wirtschaft und Gesellschaft. Insbesondere die Wirtschaft erwartet hohe schulische Leistungen, für sie zählt schliesslich einzig das Humankapital und der Grundstein dazu soll in der Volksschule gelegt werden. Eine Studie¹ über den Kanton Zürich zeigen, dass in den ersten drei Schuljahren die Leistungsunterschiede abnehmen. Mit dem Eintritt in die Mittelstufe ändert sich dieses Bild aber abrupt. Denn ab dann müssen die Lehrpersonen nämlich bereits für die Sekundarstufe vorselektionieren. Eine ähnliche Studie² zeigt, dass diese Selektion die Leistungsunterschiede wieder auseinanderdriften lässt. Die Selektion in der Mittelstufe mündet auf der Sekundarstufe I in der Unterteilung in die Stufen A, B und C. Die SchülerInnen der verschiedenen Stufen werden gegeneinander ausgespielt, denn schlussendlich dienen diese Stufen nur als Vorselektion für die Wirtschaft bei der Lehrstellensuche und der Berufswahl. Verschiedene Studien aus der USA und Deutschlag belegen, dass leistungshomogene Klassen die soziale Ungleichheit in der Leistungsentwicklung der SchülerInnen verstärken und zementieren.³

Die JUSO fordert, dass alle SchülerInnen individuell betrachtet, bewertet und gefördert werden. Kinder und Jugendliche sollen so akzeptiert werden, wie sie sind, und individuell gefördert werden, egal welche sozialen Merkmale sie mitbringen, egal welchen Charakter sie haben, egal wie sie aussehen und auch egal welche Kleidung sie tragen. Deshalb ist auch die Forderung nach Schuluniformen falsch, wie dies auch viele Linke fordern. Wir brauchen keine vereinheitlichte Masse, sondern wir wollen individuelle Förderung und ein klares Bekenntnis zur persönlichen Selbstbestimmung. Als SozialistInnen wollen wir eine vielfältige Gesellschaft, in der sich jede und jeder frei entfalten kann. Und der Grundstein dieser Gesellschaft wird mit einer starken Volksschule gelegt, die den Fokus auf den Menschen legt.

Unsere Forderungen:

- **Kleinere Klassen:** Wir fordern eine maximale Klassengrösse von 18 SchülerInnen.
- **Heterogenes Lernen:** Das alters- und leistungsdurchmischte Lernen fördert die sozialen Kompetenzen der Kinder und ermöglicht ein individualisiertes Lernen mit flexibleren und durchlässigeren Strukturen. Auf der Stufe Sek I sollen die Leistungsstufen A, B und C abgeschafft und nach individuellen Fächerniveaus der SchülerInnen unterrichtet werden, wobei in gewissen Fächern in leistungsheterogenen Gruppen unterrichtet werden soll.

¹ Moser, Urs, Florian Keller, and Patricia Zimmermann. 2008. "Soziale Ungleichheiten und Fachleistungen." Pp. 115–151 in *Drei Jahre danach. Lesen, Wortschatz, Mathematik und soziale Kompetenzen am Ende der dritten Klasse*. Oberentfelden: Sauerländer. S. 72 ff.

² Moser, Urs, Florian Keller, and Sarah Tresch. 2003. *Schullaufbahn und Leistung. Bildungsverlauf und Lernerfolg von Zürcher Schülerinnen und Schüler am Ende der 3. Volksschulklasse*. Bern: h.e.p. Verlag.

³ Moser, Urs. 2008. "Schulsystemvergleich: Gelingensbedingungen für gute Schulleistungen. Expertise über die Bedeutung von Schulmodellen der Sekundarstufe I für die Entwicklung der Schulleistungen zuhanden der Bildungsdirektion des Kantons Zürich." Bildungsdirektion, Zürich. 20ff.

- **Mehr Wahlfreiheiten:** Die Lerninhalte sind heute sehr fix vorgegeben. Insbesondere auf der Stufe Sek I sollen die SchülerInnen freier nach Interesse lernen können.
- 75
- **Mehr Geld:** Progressive Bildung kostet, aber dies muss es uns wert sein. Wir dürfen nicht auf dem Buckel der Zukunft unserer Kinder sparen!

80 Qualitative Bildung zeichnet sich insbesondere auch dadurch aus, dass die sozialen Merkmale der SchülerInnen wenig Einfluss auf deren Leistungsergebnisse haben. Unser heutiges Bildungssystem ist davon leider immer noch weit entfernt. Einerseits liegt dies am kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftssystem mit seinem Leistungsdruck, welches auch im Bildungswesen spürbar ist. Andererseits wird mittels Gebühren und anderen Mechanismen an vielen Bildungsinstitutionen bereits der Zugang erschwert. An der Volksschule hingegen ist die sogenannte *institutionelle Diskriminierung* ein anerkanntes Problem. Man spricht von dabei von systematischen Ungleichheiten, die dann gegeben sind, wenn bei der Beurteilung, Zuweisung oder Interessens- und Leistungsentwicklung

85 zusätzlich auch soziale Merkmale des Kindes ausschlaggebend sind. Es ist wissenschaftlich unbestritten, dass beim Eintritt in die Schulen die Kinder nicht nur unterschiedliche Lernvoraussetzungen mitbringen, sondern diese Lernvoraussetzungen auch nach sozialen Merkmalen variieren.

Unsere Forderungen:

- 90
- **Abschaffung der Hausaufgaben und Noten:** Hausaufgaben nützen nur jenen Kindern etwas, die dabei zuhause auf Unterstützung zählen können. Hausaufgaben müssen deshalb durch betreute Aufgabenstunden ersetzt werden. Weiter gehören Noten abgeschafft, da sie oftmals willkürlich sind und keinem einheitlichem Bewertungsschema folgen. Sie müssen durch individuelles Coaching und regelmässige Rückmeldungen der Lehrperson an die
- 95
- **Flächendeckende Einführung von Tagesschulen:** Mit Tagesschulen können Kinder optimal gefördert und betreut werden, denn Bildung ist mehr als ein Aneinanderreihen von Lektionen.

Berufsbildung

100 Eine Ausbildung und eine Arbeit für jeden Jugendliche und jede Jugendliche muss die Forderung von uns SozialistInnen sein. Immer mehr Jugendliche finden aber im Kapitalismus keine Ausbildung mehr. Sie bezahlen den Preis für eine Krise, die sie nicht verursacht haben. Neben dem Fehlen von Lehrstellen, ist die berufsbegleitende Bildung immer noch jener der Kantonsschulen untergeordnet. Die in der Verfassung festgehaltene Gleichwertigkeit der Bildungswege muss umgesetzt werden, ohne dass die unterschiedlichen Bildungswege gegeneinander ausgespielt werden. Gleichzeitig

105 werden Jugendliche im Erreichen einer Berufsmaturität nicht genügend unterstützt. Deshalb braucht es mehr Ressourcen für die Berufsbildung. Auch einheitliche und höhere Mindestlöhne und bessere Arbeitsverhältnisse während der Ausbildung tragen dazu bei. Jugendliche sollen ihre persönlichen Fähigkeiten entwickeln und in die Gesellschaft und Arbeitswelt einbringen können. Dazu müssen sich die Jugendlichen auch gewerkschaftlich organisieren können.

110 Unsere Forderungen:

- **Ausbildungsplätze für alle:** Unternehmen werden relativ zu ihrer Grösse verpflichtet genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. Tun sie dies nicht, sollen sie entsprechende Ausgleichszahlungen an den Kanton leisten.
- **Gewerkschaft für alle:** Gewerkschaften müssen vollen Zugang zu Berufsschulen und Ausbildungsplätzen haben und den Lehrlingen muss Zeit für Gewerkschaftsarbeit eingeräumt werden.
- 115

- **Gute Berufsbildung für alle:** Die Anzahl der Berufsinspektoren soll erhöht werden, damit es zu keinem Missbrauch gegenüber Lehrlingen kommt. Weiter sollen Lehrlinge bei der Zulassung und dem Abschluss einer Berufsmaturität mit gratis Kursen unterstützt werden.
- 120 • **Verdoppelung der Beiträge an den Berufsbildungsfonds:** Die Beiträge der ArbeitgeberInnen an den Berufsbildungsfonds sind heute sehr bescheiden. Um den Mehraufwand des Kantons im Kampf für eine gute Berufsausbildung für alle und gegen Jugendarbeitslosigkeit zu decken, sind diese Beiträge zu verdoppeln.
- 125 • **Allgemeinbildung stärken:** Die Inhalte der Berufsschule richten sich nach den Interessen der Wirtschaft. Auch BerufsschülerInnen sollen in den Genuss kommen einer starken Allgemeinbildung, mit welcher der kritische Geist und das eigene Denken und Handeln gestärkt wird. Dazu braucht es einen Ausbau der Allgemeinbildung in den Berufsschulen.

Kantonsschulen

130 Alle Kinder sollen die gleichen Chancen auf eine Ausbildung an einem Gymnasium haben. Die soziale Durchlässigkeit an den Kantonsschulen hat zwar zugenommen, ist aber immer noch tief. Durch erfolgreiche Förderung erfüllen immer mehr Kinder und Jugendliche die Anforderungen für die Kantonsschule. Anstatt das Angebot für breitere Schichten zu vergrössern, werden die Eintritsanforderungen erhöht. Reiche Eltern überwinden diese künstliche Hürde, in dem sie ihre Kinder in private Vorbereitungskurse schicken. Etwas das sich viele Eltern nicht leisten können, ist ein Kind im Gymnasium. Denn dies ist ohnehin teurer als in einer Berufsbildung, wo es erwerbstätig ist.

140 Ebenso wie Arbeiterkinder aus den Kantonsschulen herausgehalten werden, wird auch kritische Politik verbannt. Obwohl mit den SchülerInnen über Abstimmungen diskutiert wird, ist es ihnen nicht erlaubt sich selber an der Schule politisch zu organisieren. Dies obwohl Personal und Schülerschaft die gleichen Interessen teilen und von den bürgerlichen Sparübungen genauso betroffen sind.

Unsere Forderungen:

- 145 • **Vorbereitungskurse für alle:** Wer Eltern mit Geld hat, geht in Vorbereitungskurse für die Aufnahmeprüfung. Die Schulgemeinden sollen daher dazu verpflichtet werden, kostenlose Vorbereitungskurse anzubieten, damit auch SchülerInnen ohne reiche Eltern solche Kurse besuchen können.
- **Aufnahmeprüfung anpassen:** Die Aufnahmeprüfungen für die Kantonsschulen kann man in ihrer heutigen Form erfolgreich lösen, wenn man die Aufgabentypen auswendig lernt. Es braucht Verbesserungen bei den Aufgabentypen dahingehend, dass die kognitiven Fähigkeiten der SchülerInnen stärker gewichtet werden.
- 150 • **Platz für alle:** Bei zunehmender Anzahl an Schülerinnen und Schülern, welche die Eintrittsprüfung ins Gymnasium bestehen, soll in erster Linie die Kapazität der Kantonsschulen erhöht werden, anstatt die Selektion der Schüler zu vergrössern.
- 155 • **Abschaffung des Lanzeitgymis:** Das Langzeitgymi macht aus pädagogischer Sicht keinen Sinn. Eine frühe Selektion in Leistungsniveaus führt zu einer sozialen Spaltung in „Elite“ und SekundarschülerInnen. Zudem wachsen dadurch die Leistungsunterschiede zu Ungunsten der SekundarschülerInnen an. Je länger in Leistungsheterogenen Klassen gelernt wird, desto mehr Chancengleichheit besteht, deshalb soll der Übertritt in die Kantonsschule erst nach dem 2. oder 3. Sekundarschuljahr möglich sein.

- 160 • **Mitbestimmungsrecht für alle:** SchülerInnen sollen sich an den Kantonsschulen politisch organisieren können, die Schule soll sie dabei mit Räumlichkeiten unterstützen. Weiter soll den bestehenden SchülerInnenorganisationen ein wirkliches Mitbestimmungsrecht eingeräumt werden.
- 165 • **Gerechte Löhne für alle:** Keine Lohn einsparungen beim Personal und keine Privatisierungen von Personal. Schülerorganisation, Lehrer- und Personalgewerkschaften sollen an jeder Schule zu einem gemeinsamen Komitee zur Verteidigung und dem Ausbau ihrer Rechte zusammengeschlossen werden.

Hochschule

170 Universitäten und Fachhochschulen bilden einen wesentlichen Bestandteil unserer Gesellschaft. Sie haben den Auftrag im Rahmen von Lehre und Forschung kritische Menschen auszubilden und gesellschaftlich relevante Fragestellungen zu erforschen – und sollen darin unabhängig bleiben. Die Realität sieht leider anders aus:

175 Obwohl Bildung – auch die Hochschulbildung - ein öffentliches Gemeingut ist, wird sie zunehmend ökonomisiert und privatisiert. Das bedeutet, dass immer mehr Inhalte und Methoden gelehrt und geforscht werden, weil sie für die Wirtschaft verwertbar sind. Davon profitieren gewinnorientierte Unternehmen, der Mensch – und somit die Gesellschaft als Ganzes - aber verliert seine Unabhängigkeit im Denken. Das Bologna-System atmet diesen Geist: Das Studium verkommt zu einer Fließbandarbeit des Auswendiglernens; Freiräume, das Gelernte kritisch zu hinterfragen, werden eingeschränkt. Das gesellschaftliche Engagement und die Mitbestimmung werden erschwert, denn in einer nach ökonomischen Grundsätzen geführten Bildung gibt es keinen Platz für Demokratie.

180 Hochschulen werden so zu Dienstleistungsunternehmen, die unter Ausschluss von öffentlicher Mitsprache und Kontrolle im Nutzen der Wirtschaft agieren und von ihr finanziert werden.

185 Die Hochschulen im Kanton Zürich sind zurzeit zwar zu einem grossen Teil durch den Staat finanziert, in Zukunft werden sie aber vermehrt auf das Einholen von Drittmitteln setzen. Die bürgerliche Politik und Wirtschaft verfolgen dabei ein gemeinsames Ziel: Wenn Drittmittel der Privatwirtschaft bedeutender werden, rufen die Bürgerlichen nach Kürzungen in der Bildung. Einsparungen durch die Politik machen wiederum Drittmittel notwendig. Es ist äusserst problematisch, wenn Lehrstühle nicht nur von der Privatwirtschaft finanziert werden, sondern die geldgebenden Verbände oder Unternehmen auch versuchen, direkten Einfluss darauf zu nehmen, was gelehrt wird. Damit bestimmt nicht mehr länger die Politik, welche Bereiche der Lehre für die Gesellschaft wichtig sind, sondern nur noch die Macht des Geldes. Spitze dieser Entwicklung ist die 100-Millionen-„Spende“ der UBS.

195 Geht es nach der Universität, sollen in Zukunft auch die Studierenden einen höheren Beitrag an ihre Ausbildung zahlen (zurzeit knapp 2%). Sie hat deshalb die Studiengebühren erhöht. Gleichzeitig haben viele Studierende mit steigenden Lebenskosten (Krankenkassenprämie, Mieten) zu kämpfen und das Bologna-System erschwert ihnen, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen. Junge Menschen aus bildungsfernen Schichten haben das Nachsehen, wenn die Hochschulbildung zu einem Eliteprodukt verkommt und die Selektion über das Portemonnaie der Eltern stattfindet. Insbesondere im Kanton Zürich ist der Zugang zu Stipendien schwierig – Zürich liegt weit unter dem schweizweiten Durchschnitt der Stipendienbezüger/innen, bezahlt im Gegenzug aber immerhin existenzsichernde Stipendien.

200 Unsere Forderungen:

- **Existenzsichernde Stipendien:** Tertiärbildung darf keine Elitebildung für die Kinder reicher Eltern sein, sondern muss ein Ausbildungsweg für alle sozialen Schichten darstellen. Deshalb braucht es einen erleichterten Zugang zu existenzsichernden Stipendien bis zum Abschluss der Erst-Ausbildung (inkl. Master).

- 205
- **Abschaffung der Studiengebühren:** Unabhängige Bildung und Forschung sind notwendige Voraussetzungen für eine funktionierende Demokratie und für individuelle und gesellschaftliche Emanzipation. Ihre Finanzierung ist deshalb weder ein gutmütiges Almosen noch Privatsache, sondern gesellschaftliche und damit staatliche Aufgabe. So soll auch die Hochschule über Steuergelder finanziert werden und Studiengebühren abgeschafft werden.
- 210
- **Bezahlbarer Wohnraum:** Junge Menschen in Ausbildung sind in vielen Fällen auf bezahlbaren Wohnraum angewiesen. Der Kanton Zürich als Träger der Hochschulen soll deshalb auch seine Verantwortung wahrnehmen und für ein ausreichendes Angebot sorgen.
- 215
- **Drittmittel-Fonds für eine unabhängige Forschung:** Kein Unternehmen oder Wirtschaftszweig soll die Lehre und Forschung der Hochschulen beeinflussen. Sie haben in erster Linie Steuern zu zahlen, mit denen die Bildung finanziert wird. Anstelle von interessensgebundenen Drittmittel-Zahlungen soll es ein Drittmittel-Fonds geben, in den Unternehmen, Verbände, Stiftungen oder Private einzahlen können. Das Geld wird dann nach einem gerechten Schlüssel auf alle Fakultäten verteilt und kommt so der unabhängigen Lehre und Forschung zugute. Unternehmen haben an den Hochschulen nicht mitzubestimmen.
- 220
- **Mehr Mitbestimmung:** Während die Wirtschaft an den Hochschulen den Ton angibt, haben die Studierenden oder die Angestellten wenig zu sagen. Die Mitspracherechte insbesondere der Studierenden und des Mittelbaus müssen ausgebaut werden, damit die Hochschulen Räume für Demokratie und Emanzipation werden können.
- 225
- **Freiräume für Bildung:** Das Bologna-System zerstört die Freiräume der Bildung. Anstatt sinnentleerter Leistungsüberprüfungen und ECTS-Punkten braucht es Zeit und Raum für neue Fragestellungen und selbstständige Bildung.
- 230
- **Numerus clausus abschaffen:** Ob jemand für ein Studium geeignet ist, kann nicht vor Beginn des Studiums beurteilt werden. Zudem schränkt der Numerus clausus die Studierenden unnötig in ihrer Berufswahl ein.
- 235
- **Faire Praktikumlöhne:** Praktikanten leisten in den meisten Fällen einen wesentlichen Beitrag und müssen auch entsprechend vergütet werden. Praktikanten sollen insbesondere nicht als billige Alternative zu fertig ausgebildeten Arbeitskräften genutzt werden.